

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.  
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14  
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Poststelle 1 M. Aufnahme nur bei vor-  
herig. Gebühreneinsendung auf Postfach 11502, Post-  
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Reaktionsfrist Freitag

## Wirtschaftsaufstieg durch Welthandel.

Nicht zuletzt hängt die Verminderung der Weltarbeitslosigkeit davon ab, ob es gelingt, den Weltmarkt von seinen Fesseln zu befreien, die Einfuhr und Ausfuhr von Waren von Land zu Land zu erhöhen. Die Anstrengungen, die da gegenwärtig gemacht werden, um die Handelsbilanz zu „verbessern“, d. h. den Einfuhrüberschuß zu vermindern oder diesen in einen Ausfuhrüberschuß zu verwandeln, legen dem Wiederaufstieg des Welthandels nur Hindernisse in den Weg. Was nützt es den Arbeitslosen, wenn die Handelsbilanz besser wird, jedoch nicht dadurch, daß Einfuhr und Ausfuhr steigen (die Ausfuhr dabei mehr als die Einfuhr), sondern so, daß beide, Ein- und Ausfuhr, sinken (die Einfuhr aber noch mehr als die Ausfuhr). Wie immer sich auch die Ein- und Ausfuhrüberschüsse gestalten, es geht dabei die Beschäftigung hüben und drüben zurück. Es wird weniger produziert in der Welt, die Kaufkraft schrumpft daher zusammen: die Güterversorgung und die Beschäftigung sinken. Mögen jene Anstrengungen zur Verbesserung der Handelsbilanz durch Einfuhrdrosselung in manchen Ländern die zwangsläufigen Folgen einer ungünstigen Zahlungsbilanzentwicklung darstellen, so viel ist sicher, daß sie für den Welthandel schädlich sind.

Ein Konjunkturaufschwung in der Weltwirtschaft würde freilich auch dem Welthandel zugute kommen. Steigende Weltproduktion bedeutet erhöhte Kaufkraft; die erhöhten Einkommen legen sich in eine Steigerung des Einfuhrbedarfs um, mit der Folge der Belebung des Außenhandels. Die Frage ist nur, wie weit die Steigerung des Welthandels selbst eine Vorbedingung des weltwirtschaftlichen Konjunkturaufschwungs ist?

Dabei spielen währungs- und kreditpolitische Fragen eine wichtige Rolle. Ein Land kann seine Ausfuhr zu erhöhen suchen, indem es seine Währung entwertet, seinen Wechselkurs im Ausland in einem größeren Umfang bzw. in einem rascheren Tempo verschlechtern läßt, als die Produktionskosten seiner Ausfuhrindustrien ansteigen. Für den Welthandel ergeben sich daraus jedoch nur Nachteile. Was das Land, das seine Währung entwertete, durch erhöhte Ausfuhr gewann, das mußte das andere Land, das bei der allen Währung blieb, verlieren. Die letzteren setzen sich zur Wehr, verhindern die Einfuhr aus den Ländern mit entwerteter Währung aber auch überhaupt. Oder aber sie werden zahlungsunfähig. Im Endergebnis ergibt sich die weitere Schrumpfung des Welthandels. Vor allen Dingen erhält das Land, das sich von der Goldwährung loslöste, keine Auslandskredite, es sei denn, daß mit der halbtägigen Wiederherstellung der Goldwährung im betreffenden Lande und daher mit spekulativen Valutagewinnen gerechnet wird. Je geringer aber die internationalen Kapitalbewegungen, um so geringer muß auch der Welthandel sein. Sieht sich doch die Kapitalausfuhr stets in erhöhte Warenausfuhr, die Kapitaleinfuhr in erhöhte Wareneinfuhr um. Daraus geht die Wichtigkeit der Wiederherstellung der zur Zeit unterbrochenen internationalen Kreditbeziehungen für den Welthandel klar hervor.

Von nicht geringerer Wichtigkeit für den Außenhandel ist aber die handelspolitische. Seit dem Beginn der internationalen Währungs- und Kreditkrisis wurde in allen Ländern eine handelspolitische Politik betrieben, die — wie eingangs erwähnt, in vielen Fällen aus einer währungspolitischen Zwangslage heraus, in anderen Fällen nur zum Schutze politisch einflußreicher Produzentengruppen, — den durch die allgemeine Schrumpfung der Kaufkraft und die Unterbindung der internationalen Kreditbewegungen bereits furchtbar eingegengenen Welthandel in Fesseln legt. Neue Zölle, Zollerhöhungen, Festsetzung von

Höchstmengen der Einfuhr für bestimmte Waren (Kontingentierung), Verweigerung ausländischer Zahlungsmittel zur Bezahlung der Einfuhr, sei es durch allgemeine Beschränkungen der Devisenzuteilung, sei es durch Aufstellung von Warenlisten nach Dringlichkeit des Einfuhrbedarfs — diese und andere Wege der handelspolitischen wurden zur Unterbindung der Einfuhr eingeschlagen. Einfuhrdrosselung bedeutet aber gleichzeitig Ausfuhrrückgang, da sie die Kaufkraft in den Ländern, deren Ausfuhr verhindert wird, zusammenschrumpfen läßt und ihnen die Fähigkeit nimmt, auf dem Weltmarkt als Käufer aufzutreten.

Erfolgt eine Wendung der allgemeinen handelspolitischen, die Abkehr von den erwähnten Methoden der Einfuhrdrosselung, könnte daher der Welthandel wieder beleben. Soweit die Einfuhrdrosselung eine zwangsläufige gewesen war, müssen freilich die währungs- und kreditpolitischen Voraussetzungen einer weitherzigen handelspolitischen erst geschaffen werden. Die währungs- und kapitalstarken Länder wären jedoch in der Lage, neue Wege der handelspolitischen zur Wiederbelebung der Weltwirtschaft auch aus eigenen Kräften einzuschlagen.

Ob sie das auch tun werden? Ob der Wunsch nach Wiederherstellung des Welthandels die mannigfaltigen Hindernisse seiner Erfüllung, die da sind, weltpolitische Spannungen, kapitalistische Industrie-, feudale Agrarwirtschaftsinteressen, besiegen wird? Die gegenwärtige handelspolitische Lage in der Welt ist reichlich unklar, sie bietet dennoch einen Ausblick auf die handelspolitischen Möglichkeiten der nahen Zukunft.

Eine Anzahl von Ländern verfolgen bereits eine auf Zollabbau gerichtete handelspolitische. In Australien werden die hohen Industriezölle abgebaut. Holland und Belgien schlossen einen Handelsvertrag ab, der einen fortschreitenden Zollabbau vorsieht; der Anschluß dritter Länder an diesen Vertrag blieb bisher allerdings aus. In Schweden gelangte eine sozialdemokratische Regierung mit dem Programm des Zollabbaus ans Ruder. Allerdings ist sie eine Minderheitsregierung, deren Handlungsfähigkeit daher beschränkt ist. So vertrauenswürdig auch diese Entwicklung anmutet, so wird die Zukunft der handelspolitischen dennoch nicht an diesen Fronten entschieden werden. Vielmehr ist es die handelspolitische der großen Industrieländer der Welt, die die Zukunft der handelspolitischen bestimmen wird. Diese bietet jedoch ein schwer übersehbares und recht widerspruchsvolles Bild.

Die britische Weltkonferenz in Ottawa schloß das Band zwischen England und den Dominionen durch gegenseitige Vorzugsbehandlung enger. Ein Aufschwung der Wirtschaft des britischen Reichs, der auch die ganze Weltwirtschaft befruchten soll, kann freilich von den Beschlüssen in Ottawa nicht erwartet werden. Vielmehr hat die übrige Welt vermehrte Schwierigkeiten ihrer Agrarausfuhr nach England und ihrer Industrieausfuhr nach den Dominionen zu erwarten, zumal die Vorzugsbehandlung nicht auf Grundlage herabgesetzter, sondern in den meisten Fällen auf Grundlage erhöhter Zölle erfolgen soll. Dennoch wurden in Ottawa die Absichten auf eine internationale handelspolitische Verständigung nicht verschüttet. England, das seit einem Jahr zu einem Schutzolland geworden ist, wird jetzt seine Zölle in den kommenden Handelsvertragsverhandlungen mit den außerbritischen Ländern als Waffe ausnützen. Die Verhandlungen könnten die Herabsetzung der Zölle sowohl in England wie in anderen Ländern ergeben. — vorausgesetzt, daß sie erfolgreich sein werden. Die Reposte der liberalen Anhänger der gegenwärtigen Regierung gegen die neue Schutz-

zollpolitik ist ein Zeichen dafür, daß die freihändlerische handelspolitische in England in den Volksmassen tief verankert ist.

Die Konferenz in Stresa, deren Zweck es war, den Außenhandel der osteuropäischen Agrarländer, die gegenüber den überseeischen Ländern konkurrenzunfähig geworden sind, zu fördern, endete mit Kompromissen, die — währungs- und kreditpolitisch nichts sagend — handelspolitisch für die osteuropäischen Länder nicht wertlos sind. Weniger die in Aussicht gestellten Geldzuschüsse der industriellen Käuferländer bei der Getreideausfuhr der Agrarländer als die Vorzugsbehandlung, die ihrer Getreideausfuhr zuteil werden soll, dürfte zur Erleichterung der Absatzschwierigkeiten der Agrarländer beitragen. Oesterreich ist allerdings in Stresa leer ausgegangen, obwohl dieses Land auf eine Förderung seines Industrieabfahrs dringend angewiesen ist.

In der französischen handelspolitischen hat sich eine Wendung angebahnt: die Abkehr von dem System der Kontingente, das die Einfuhr viel stärker noch als die Hochschutzzölle einschränkte. Die Verwirrung, die dieses System anrichtete und die Gegenmaßnahmen des Auslandes führten die Aufgabe des Kontingent-Prinzips herbei. Allerdings nur des Prinzips; in der Praxis werden wohl die Kontingente noch längere Zeit erhalten bleiben. Die Abschaffung der Kontingente wird zwar nicht mit einem Zollabbau, im Gegenteil mit einer Erhöhung der heute geltenden Zollsätze verbunden werden — dennoch wird die Rückkehr zum Zoll gegenüber den Kontingenten als Erleichterung empfunden. Die Neuordnung der französischen handelspolitischen soll mit der Revision des deutsch-französischen Handelsvertrages verknüpft werden. Frankreich wünscht diesen Handelsvertrag von 1927, der den wichtigsten Schritt für die Ausdehnung des Welthandels darstellte, zu kündigen, da dieser Vertrag in den letzten zwei Jahren die französischen Ausfuhrinteressen nicht mehr befriedigen konnte.

In der handelspolitischen der Vereinigten Staaten könnte ein Erfolg der Demokratischen Partei bei der Präsidentenwahl Wandel schaffen. Auch die Demokraten sind Schutzollner, sie vertreten aber einen gemäßigten Schutzoll, dazu möchten sie noch, im Gegensatz zu den Republikanern, die an den Hochschutzzöllen unbedingt festhalten, die bestehenden Schutzölle in Handelsverträgen ermäßigen, wenn als Gegenleistung für den Zollabbau die Ausfuhr ihrer Landwirtschaft erleichtert würde.

Der sowjetrussische Außenhandel sieht sich großen Schwierigkeiten gegenüber. Die Beschlüsse in Ottawa gegen die russische Ausfuhr von Holz und Getreide könnte die umfangreiche Ausfuhr Russlands nach England beeinträchtigen. Vor allen Dingen verfügt aber Russland gegenwärtig nicht über abfahrsfähige Exportüberschüsse, die zur Erhaltung bzw. Erweiterung seiner Einfuhr erforderlich wären. Möglicherweise wird eine Entspannung zwischen Russland auf der einen, Frankreich und den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite diese Schwierigkeiten zu beseitigen helfen. In diesem Falle könnte Russland zur Finanzierung seiner Ausfuhr größere Kredite erhalten.

Die handelspolitische Lage Deutschlands ist von allen Seiten gefährdet: von Ottawa, von Frankreich, von Sowjetrußland, von Belgien und Holland, von den nordischen Ländern. Die Regierung, die im Auftrag einzelner Agrarinteressen die ansonst zweifelhafte handelspolitische Lage durch neue Einfuhrdrosselung mit Hilfe von Kontingenten noch mehr erschwert, ist daher von allen guten Geistern verlassen. Deutschland wäre an erster Stelle berufen, den Wiederaufstieg des Welthandels zu fördern. Wenn es das Gegenteil tut, so schneidet es sich ins eigene Fleisch und erschwert gleichzeitig die handelspolitische Entwirrung, ohne die der Wiederaufstieg des Welthandels undenkbar ist.

Ende des Preisfalls, aber weiterer Einkommensschwund.

In Nr. 39 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 24. September 1932 werden beachtliche Rückschlüsse aus den gegenwärtigen Vorkommnissen in der Wirtschaft für die Zukunft gezogen. Es wird betont, daß es ein unmöglicher Zustand sei, daß die Preise für die wichtigsten Bedarfsgüter nicht mehr weiter fallen, obwohl sich die Einkommen, insbesondere der unbemittelten Verbraucher, nach wie vor in erschreckendem Maße verringern. Eine solche Entwicklung kann nur eine Schmälerung der Versorgungsgrundlage des deutschen Volkes nach sich ziehen, die auch wieder auf die produktive Befähigung und die Erziehung von Arbeitsmöglichkeiten nachteilige Wirkungen hat. Gerade die Konsumgenossenschaften verpirren das Angehende dieser Entwicklung, die durch die Wirtschaftspolitik der Regierung gefördert wird. Die Preise bleiben nämlich nicht etwa deswegen im Augenblick stabil, weil die Nachfrage nach Bedarfsgütern nicht mehr sinkt, sondern deshalb, weil sich die Wirkungen von Zoll- und Kontingenterungsmaßnahmen bemerkbar machen. Die weitgehende Kreditgewährung für die deutsche Wirtschaft in der Form von Steuergutscheinen muß von vornherein als problematisch erscheinen, wenn keine Zusätze für eine Kaufkraftklärung, durch die der Abzug zufällig erzeugter Güter sichergestellt wird, vorhanden sind; und diese Aussichten sind verhältnismäßig gering. Denn gerade für die Betriebe, die Subventionen erhalten, sind starke Lohn- und Gehaltskürzungen in Aussicht genommen, die obwohl sie eine Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften ermöglichen sollen, das Einkommen der Verbraucher insgesamt doch schmälern werden. So schließt die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung die unverkennbare Gefahr in sich, daß es zu einer neuen starken Schmälerung der Abzähmlichkeiten und dadurch zu einer weiteren Gefährdung von Wirtschaftsbetrieben kommen wird, wenn es nicht endlich einmal gelingt, das Steuer heranzuwenden und die Kaufkraft der Bevölkerung, die im Grunde der einzige Antrieb für alles Wirtschaften ist, entscheidend zu erhöhen.

Antwort des ADGB an den Reichsarbeitsminister.

Der Herr Reichsarbeitsminister hat am 24. September in einem Interview Stellung genommen zu den sich aus der Durchführung der letzten Notverordnung ergebenden Streitfragen. Er vertritt die Auffassung, daß ein Streik der Belegschaften gegen die Durchführung der Lohnkürzungen mit der Friedenspflicht der Tarifträger kollidiere. Wir haben in aller Deffentlichkeit dargelegt, inwieweit unseres Erachtens eine völlig klare Rechtslage in diesen Fällen hinsichtlich der Friedenspflicht besteht, so daß Abwehrbewegungen sehr wohl im Rahmen der zur Zeit geltenden Befehle auch die Unterstützung der Gewerkschaften finden könnten. Diese unsere Auffassung wird geteilt von zahlreichen namhaften deutschen Arbeitsrechtlern. Wenn der Herr Reichsarbeitsminister eine andere Auffassung vertritt, so steht eben Rechtsauffassung gegen Rechtsauffassung, über die zu entscheidende Aufgabe der Arbeitsgerichtsbarkeit ist. Inwieweit gibt uns das Interview keine Veranlassung zur Stellungnahme. Anders jedoch, wenn der Herr Reichsarbeitsminister versucht, die Arbeitslosen gegen die in Arbeit Stehenden auszuspielen. Er sagt, daß er grundsätzlich nicht geneigt sei, zu glauben, daß eine erhebliche Zahl von Arbeitern, die nach einem Arbeitsplatz haben, wegen einer geringen Lohnkürzung den „Arbeitslosen, die mit ihren Frauen und Kindern lange genug gehardt haben, das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verwehren wollen.“ Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Unterstellung wenden. Die deutschen Arbeiter haben seit langem gerade im Hinblick auf die Notwendigkeit, Erwerbslosie wieder in die Betriebe zu ziehen, von der deutschen Regierung die generelle und weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Sie forderten die allgemeine Vierzigstundenswoche. Angesichts der in der Regierung und bei den Arbeitgebern obwaltenden Bestrebungen, das deutsche Lohnniveau zu senken, waren sie sich im Klaren, daß die von ihnen geforderte Arbeitszeitverkürzung nicht kompensiert werden würde durch einen Lohnausgleich. Wenn sie trotzdem immer und immer wieder und leider vergeblich von der Regierung energische Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit verlangten, so boten sie damit dem gesamten deutschen Volke das Beispiel einer großzügigen Klassen-solidarität, einer Solidariät der in Arbeit Stehenden mit ihren arbeitslosen Genossen, wie sie noch zu keiner Zeit irgendeine Klasse in Deutschland geboten hat. Wogegen sich die Arbeiter wenden, ist, daß nunmehr durch die Notverordnung die mit einem erheblichen Lohnausfall verbundene Herabsetzung der Arbeitszeit zu gleicher Zeit noch zu einer Senkung des

Tariflohnes führen soll. Ihr Arbeitseinkommen soll von zwei Seiten her beschränkt werden. Die Arbeiter müssen überdies, daß diese durch Notverordnung ausgesprochene Lohnkürzung zu einem weiteren Verfall an Kaufkraft und damit zu einer Gefährdung jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms, auch des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung, führen muß, um so mehr, als dieser Lohnausfall sich keineswegs auf die Betriebe lokalisiert, die durch Mehrbeschäftigung ein Recht auf Lohnabbau herleiten zu können glauben. Die Arbeiter wissen weiter, daß die Durchführung dieses Teils der Notverordnung den Tarifvertrag aufs höchste gefährdet, weil er künftig seine Funktion, eindeutig und klar den Lohnsatz festzusetzen, nicht mehr erfüllt. Es handelt sich also nicht darum, daß die zur Zeit beschäftigten Arbeiter den Arbeitslosen den Arbeitsplatz verwehren „wegen einer geringen Lohnkürzung“. Wären alle Bevölkerungskreise zu den Opfern bereit gewesen, die die arbeitende Bevölkerung im Interesse der Gesamtheit bereits gebracht hat, es stände besser um Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Wenn sie Lohnkürzungen ablehnt, so deshalb, weil sie für sich und damit auch für die Millionen der Arbeitslosen zugleich die Grundlagen ihrer Existenz und des deutschen Arbeitsrechts verteidigt.

Der Vorstand des ADGB hat sofort nach der Antündigung der Notverordnung durch den Reichstanzler Stellung genommen. Er hat einmütig festgestellt, daß die Gewerkschaften die mit den Plänen der Reichsregierung verbundene Absicht, den Tariflohn nach erfolgten Neueinstellungen zu senken, bekämpfen werden. In seiner Entschlossenheit heißt es ausdrücklich: „Uebrigens ist der Bundesvorstand der Ansicht, daß das von der Regierung verfolgte Ziel, den Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften zu geben, auch erreicht werden würde, wenn es mit der im Plan der Reichsregierung vorgesehenen Zahlung der Prämie von 400 M. für jeden neu-eingestellten Arbeiter sein Bemühen hätte. Im Rahmen des Gesamtplans der Regierung kann auf die Kürzung der Löhne verzichtet werden, ohne den von der Regierung erwarteten Effekt des Plans zu schmälern.“

Um jede Mißdeutung zu vermeiden, sei noch einmal ausdrücklich bemerkt, daß sich die Abwehrbewegung nicht gegen den Gesamtplan richtet, sondern gegen den Teil, der unter Einbruch in den Tarifvertrag die Löhne senken will.

Unrichtig ist auch die Erklärung des Ministers, daß die gegen einen Lohnabbau gerichteten Bestrebungen der Gewerkschaften mit den von den deutschen Arbeitern in Genf erhobenen Forderungen „in unauflösbarem Widerspruch“ stehen. Die deutschen Gewerkschaften sind zusammen mit den Gewerkschaften aller Länder eingetretten für eine möglichst schnelle internationale Durchführung der Vierzigstundenswoche. Dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts lag das Verlangen der italienischen Arbeitskonferenz vor. Der Vorschlag ging ausdrücklich von der Erwägung aus, daß zur Überwindung der Wirtschaftskrise nicht nur eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig sei, sondern daß auch ein Ausgleich der Löhne erfolgen müsse, weil sonst die Kaufkraft der Massen zu sehr geschwächt werde. Die deutsche Regierung will durch ihre Notverordnung zu einer starken Verkürzung der Arbeitszeit drängen. Zu gleicher Zeit will sie aber — und das ist das Entsetzliche — diese Verkürzung der Arbeitszeit verbinden mit einer Senkung der Löhne. Die Abwehrbewegung der deutschen Arbeiter gefährdet daher nicht im mindesten die auf eine internationale Verständigung gerichteten Arbeiten in Genf. Was sie aufs schwerste gefährden könnte, wäre jedoch das Beispiel der deutschen Regierung, die zur Arbeitszeitverkürzung den Lohnabzug fügt.

Wir streiten nicht darum, inwieweit eine Abkehr vom Tarifvertrag „die Stellung der deutschen Gewerkschaften erschüttert“. Der kollektive Arbeitsvertrag wird erschüttert durch die Notverordnung. Nicht nur, daß er keine Funktion, eindeutige Lohnsätze festzusetzen, einbüßt, sondern auch weil die vollkommene Verschiebung des Konkurrenzverhältnisses der Betriebe zueinander bei den Unternehmern die Tendenz auslöst, vom Tarifvertrag loszukommen, und sei es durch Austritt aus den Arbeitgeberorganisationen, die Träger des Tarifvertrages sind. Verbindlichkeitsklärungen sollen nicht mehr ausgesprochen werden selbst in Fällen, wo es die soziale Lage einer ganzen Arbeitergruppe im sozialen Interesse notwendig machen würde. Wie die Allgemeinverbindlichkeitsklärung zur Zeit gehandhabt wird, zeigt eine der jüngsten Entschieden des Reichsarbeitsministers, die die Allgemeinverbindlichkeitsklärung eines Lohns in der Landwirtschaft ablehnt, da „der Wochenlohn von 10,20 M. in der Spitze für den männlichen Arbeitnehmer bei voller Kost und Wohnung bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu hoch erscheint“. Geht an dieser Einstellung des Reichsarbeitsministeriums in vielen Fällen die tarifvertragliche Regelung zugrunde, so werden damit keineswegs die Gewerkschaften „erschüttert“.

Lehrstelle gegen Darlehen.

Für die Eltern schulentastener Kinder ist es heute oft schwer, eine passende Lehrstelle zu erhalten. Den Handwerksmeistern ist gewiß Gelegenheit geboten, unter den Bewerbern die geeignete Auswahl zu treffen. Es dürfte aber wohl einig dastehen, daß der Lehrherr die Einstellung eines Lehrlings zur Finanzierung seines Geschäftes benutzen will. Daß dies doch geschieht, zeigt nachstehende Anzeige, die vor kurzem im „Pfälzer Boten“ zu finden war.

Lehrstelle. Junge kann das Tapezier, Polster- und Dekorationshandwerk inerritastigen Geschäft gründlich erlernen gegen Stellung eines Darlehens v. 2000 bis 3000 M. Gut. Zins u. große Sicherh. ist garantiert sowie Kost u. Logis im Hause. Ang. u. Nr. 981 an den Pfälzer Boten.

Vor derartigen Finanzierungen können wohl die Eltern oder Vormünder der Schulentastenen nicht ernst genug gewarnt werden; denn es ist ohne weiteres anzunehmen, daß eine Sicherheit in solchen Fällen nicht geboten ist. Woher soll auch die Achtung vor dem Lehrherrn herkommen, wenn der Lehrling weiß, daß im Geschäft mit seinem Gelde oder dem Gelde seiner Eltern gearbeitet wird. Wo finden wir die Innung oder die Arbeitgeberorganisation, die gegen solchen Unfug einschreitet?

Die Lederwarenindustrie in England.

Der britische Board of Trade hat unlängst die Zahlen der Sattlerwaren, Geschirre, Reiseartikel- und Lederwarenproduktion veröffentlicht, wie sie sich aus der industriellen Zählung des Jahres 1930 ergeben. Vorher hatte eine solche im Jahre 1924 stattgefunden. In den nachstehenden Statistiken, die wir der „Deutsche Lederwaren- und Koffer-Industrie“ entnehmen, sind die Ziffern der beiden Zählungen verglichen.

Die Ziffern von 1930 stammen von 296 Unternehmungen, die Arbeiter beschäftigen.

Die Statistik zeigt den Wert der Sattlerwaren, Geschirre usw., welche in Großbritannien in den Jahren 1924 und 1930 von Firmen erzeugt wurden, die mehr als zehn Personen durchschnittlich beschäftigen.

Table with 2 columns: Item and Value. Items include Sattler- und Geschirrmwaren, Koffer, Reiseetaschen, etc. Values are in 1000 £ and 1000 M.

Die Firmen, welche zehn oder weniger Personen beschäftigen, haben 1924 eine bedeutende Erzeugung von Waren, wie sie in der obigen Statistik erwähnt sind, ausgewiesen. Der Wert derselben beträgt 578 000 Pfd. Sterling.

Table with 2 columns: Item and Value. Items include Sattler- und Geschirrmacherwaren, Koffer, Reiseetaschen usw. Values are in 1000 £.

Großbritannien war bisher der beste Abnehmer der deutschen Lederwarenindustrie. Die Einfuhr deutscher Lederwaren betrug in den ersten sieben Monaten des Jahres 1931 noch 4059 Doppelpentner, sie ist zurückgegangen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres auf 1059 Doppelpentner. Die Ursache dazu liegt nicht allein in der Wirtschaftskrise. Die Hauptschuld ist im Uebergang Englands vom Freihandel zur Schutzollpolitik zu finden und in dem Bestreben, die Lederwarenindustrie des eigenen Landes zu fördern. Dazu kommt die Kontingentspolitik der deutschen Regierung, deren zwangsläufige Folge eine Verminderung der letzten Exportmöglichkeiten Deutschlands sein muß.

Internationale Union der Holzarbeiter im Jahre 1931.

Das Sekretariat der I.U.H. verendet den Tätigkeitsbericht über das Jahr 1931. Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben auch die Entwicklung der angeschlossenen Verbände beeinflusst. Der starke Mitgliederverlust, besonders der zwei größten Verbände, konnte durch die Gewinne mehrerer kleiner und den Anschluß dreier neuer Verbände keineswegs ausgeglichen werden.

Am 1. Juli trat der neugebildete Finnische Holzarbeiterverband bei, ebenso die Sektion der Holzarbeiter des jüdischen Gewerkschaftsbundes in Palästina. Am 1. Januar 1932 schloß sich der Landesverband der französischen Böttcher an. Dadurch hat sich die Zahl der dem I.U.H. angeschlossenen Verbände von 48 auf 51, die der angeschlossenen Länder von 26 auf 27 erhöht. Die Mitgliederzahl der I.U.H. ist vom 1. Januar 1931 bis zum 31. Dezember d. J. von 950 689 auf 895 643 zurückgegangen. Den stärksten absoluten Rückgang hatten der Holzarbeiterverband in Amerika und die angeschlossenen deutschen Verbände. Sehr stark war auch der Verlust in Polen, Ungarn und in Oesterreich. Um so erfreulicher ist es, daß von einer Reihe übriger Verbände Erhöhung des Mitgliederbestandes gemeldet werden konnte.

Von den angeschlossenen Verbänden haben im Jahre 1931 Beiträge geleistet:

Table with 4 columns: Land, Anzahl, Beruf, Reichsmark. Lists contributions from various countries like Belgium, Denmark, Germany, Finland, etc.

Dazu kamen 1 219,53 Mk. Zinsen, so daß eine Gesamtentnahme von 25 758,41 Mk. vorhanden war. Dem standen gegenüber an Ausgaben:

Table with 2 columns: Beschreibung, Reichsmark. Lists expenses like translations, salaries, printing, etc.

Das Vermögen der I.U.H. betrug am Jahresabschluss 1931 32 029,53 Mk., wovon 25 000 Mk. in festverzinslichen Wertpapieren angelegt sind.

Die angeschlossenen Verbände hatten bereits im Jahre 1931 schwer unter den Erschütterungen der Wirtschaft zu leiden. In Australien stieg die Arbeitslosigkeit auf 34,8 Proz. Ende 1931. Auch in Neuseeland, wo ein reaktionäres Bauernkabinett die Regierung in den Händen hat, liegt das Holz- und Möbelgewerbe schwer daneben. Die Mitgliederzahl ist von 800 auf 450 gesunken, von denen mindestens die Hälfte arbeitslos sein dürfte. In Belgien hat sich die Wirtschaftslage im Berichtsjahr außerordentlich verschlechtert. In Bulgarien wütete die schlimmste sozialpolitische Reaktion. Auch in Rumänien sieht es trübsalig aus. In Polen liegt das Wirtschaftsleben ebenfalls schwer daneben. Die Mitgliederzahl des Holzarbeiterverbandes ist im Berichtsjahr von fast 9000 auf 4666 zurückgegangen, von diesem stark verringerten Mitgliederbestand waren am Jahresabschluss nicht weniger als 3585 arbeitslos. Die nordischen Länder sind nicht so hart betroffen. Von Dänemark wird mitgeteilt, daß die Devisenbewirtschaftung zum fast völligen Aufhören der Einfuhr billiger Kolonialmöbel aus Belgien, Deutschland (?) und Holland geführt habe. Von den Tapezierern waren im Jahresdurchschnitt arbeitslos in Dänemark 16,3 Proz. und in Schweden 12,9 Proz. der angeschlossenen Verbandsmitglieder.

Besonders ungünstig haben sich die Zustände in Frankreich erwidelt. Der Schrumpungsprozeß in der Möbelindustrie, der 1929 einsetzte, ist immer

weiter fortgeschritten. Für den französischen Verband haben sich die Verhältnisse verheerend ausgewirkt. Die Mitgliederzahl ist in der Berichtszeit auf 3000 gesunken bei einer Holzarbeiterzahl von mindestens 250 000. In Großbritannien stieg der Durchschnittsprozentsatz der Arbeitslosigkeit in der Möbelindustrie von 9,8 im Jahre 1930 auf 15,9 Proz. im Jahre 1931.

Auch in dem kleinen Holland greift die Arbeitslosigkeit immer mehr um sich. Im Möbelarbeiterverband waren 1930 10,9 und 1931 20,1 Proz. der Mitglieder arbeitslos. In Oesterreich halten die mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse unverändert an. Die Schweiz gehört zu jenen kleinen Ländern, die infolge ihrer verhältnismäßig stabilen Wirtschaftsverfassung der Krise längere Zeit standhalten konnten. Arbeitslose wurden im Durchschnitt des Jahres 1931 9,4 Proz. gemeldet.

In Spanien hat die Bewegung einen erfreulichen Aufstieg genommen. Leider ist auch dort die Arbeitslosigkeit sehr groß. Die Organisation verfügt nicht über genügend Finanzmittel, um allen Aufgaben schon jetzt gerecht zu werden. Auch in der Tschechoslowakei ist die Arbeitslosigkeit sehr groß. In Ungarn stieg der Anteil der Arbeitslosen auf 53 Proz.

In Südafrika ist noch immer ein großer Teil der angeschlossenen Mitglieder arbeitslos oder nur unregelmäßig beschäftigt. Für die Möbelindustrie der Vereinigten Staaten von Nordamerika und von Kanada ermittelte das Arbeitsamt eine Durchschnittsziffer der Beschäftigung (1926 = 100) von 75,2 im Jahre 1930 auf 63,9 im Jahre 1931 und 56,9 Proz. am Jahreschluss.

Wie die Verhältnisse in Deutschland liegen, ist den Lesern aus den regelmäßig Monatsberichten bekannt. Der Jahresbericht sagt am Schluss: „Die Gewerkschaften, und nicht in letzter Linie die dem I.U.H. angeschlossenen Verbände, haben sich in dieser furchtbaren Krisenzeit, die die Völker nach dem Kriege erleben mußten, nach Kräften gemeiert. Daß sie nicht instande waren, alle Stellungen zu behaupten, war angesichts der ganzen Zeitverhältnisse eigentlich nur selbstverständlich. Die meisten Berichte, die uns zugegangen sind, zeigen eine rückläufige Bewegung, die auch im Jahre 1932 noch nicht haltgemacht hat. Wie aber würde es um die Arbeiterklasse bestellt sein, wenn sie sich nicht in den guten Jahren schlagkräftige Organisationen geschaffen und nicht auch in der Krise im großen und ganzen treu zur Fahne gestanden hätte? Dieser Gedanke hebt unseren Mut und läßt uns hoffnungsfreudig in die Zukunft blicken.“

NSDAP. und freie Gewerkschaften.

Der stellvertretende Leiter der Betriebszellenorganisation der NSDAP., Reinhard Rudow, hat im Rahmen der nationalsozialistischen Bibliothek eine Broschüre unter dem Titel: „Nationalsozialismus und „freie“ Gewerkschaften“ herausgebracht. Das Buch verspricht, interessant zu sein. Aber wer es in die Hand nimmt, ist schwer enttäuscht. Rudow hat sich die Arbeit mehr als leicht gemacht. In einem sehr umfangreichen historischen Ueberblick auf die Entwicklung der freien Gewerkschaften, der von den 115 Seiten des Buches nicht weniger als 110 Seiten einnimmt, schreibt er im wesentlichen die Gewerkschaftsgeschichte von Hermann Müller, die sozialdemokratische Parteigeschichte von Franz Mehring und die „Arbeiterfrage“ von Hertner in ellenlangen Zitaten ab. Das Kapitel aber, das interessiert, nämlich die Betrachtung über die „Gewerkschaften im nationalsozialistischen Staat“ umfaßt ganze 4 1/2 Seiten. Schon diese Raumverteilung sagt eigentlich mehr als genug. Immerhin hat Herr Rudow, der im historischen Teil einmal beweist, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften Gegensätze sind, um dann sofort über die Einheit von Sozialdemokratie und Gewerkschaften loszugehen, in diesem letzten Sinne ein bemerkenswertes Geständnis gemacht. So schreibt er auf Seite 113:

„Die heute durchweg politisierten Gewerkschaften haben daher in der nationalsozialistischen Wirtschaft ihr Gesicht zu ändern. Die Politik betreibt der Staat. Die Wirtschaft dient dem Staat und sieht ihre oberste Aufgabe ausschließlich in der natürlichen Verbringung der Bedürfnisse des Volkes und schafft somit Arbeit und Brot. Bei dieser Zielsetzung der Wirtschaft ist die Beibehaltung rein politischer Gewerkschaften volksfeindlich. Darum duldet der nationalsozialistische Staat dieses nicht und sieht deshalb seine erste Aufgabe auf dem Gebiet des Gewerkschaftswesens darin, dieses zu entpolitisieren. Aber er geht noch einen Schritt weiter: Durch ein Dekret werden die Gewerkschaften zu Staatsorganen erklärt. Der nationalsozialistische Staat wird sein Augenmerk darauf richten, daß der letzte Arbeiter den Berufsverbänden beitrifft.“

Also, jetzt ist es heraus: staatliche Zwangsgewerkschaften wie im faschistischen Italien, als Berufsverbände mit harmlosen Aufgaben besetzt und politisch kastriert. So sieht die Gewerkschaftsfreundlichkeit der Nazis aus.

Vom Gewerkschaftskongreß der „Christen“.

In der zweiten Hälfte des September tagte in Düsseldorf der 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften. Auch die Christen haben unter der schweren Wirtschaftskrise gelitten. Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände ist zurückgegangen von 658 707 Ende 1930 auf 577 512 Ende 1931.

Auf dem Kongreß selbst kam die Erbitterung über die Notverordnung der Regierung v. Papen mit voller Schärfe zum Durchbruch. Der Reichsarbeitsminister Schäffer hatte es unternommen, den Vertretern der christlichen Arbeiter die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Reichsregierung schmachthaft zu machen. Er hat damit wenig Glück gehabt. Das Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter, „Der Holzarbeiter“, berichtet darüber unter anderem:

„Die Erregung der Arbeiterchaft, ihr Unwille gegenüber dem antisozialen Kurs der augenblicklichen Regierung, die dadurch erzeugte explosive Stimmung, von der ganz allgemein die Arbeiterchaft erfüllt ist, machte sich bei dieser Eröffnungsfeier elementar Luft. Schon bei dem Aufruf der Namen der anwesenden Gäste kam es zu einzelnen Mißfallenskundgebungen. Die dann folgenden Ausführungen des Reichsarbeitsministers Schäffer verursachten eine ungeheure Erregung.“

Reichsarbeitsminister Schäffer bemühte sich ernstlich, der Arbeiterchaft gerecht zu werden und die erregte Stimmung über die letzten Regierungsmassnahmen zu beschwichtigen. Er begann seine Ausführungen mit einem sozialen Bekenntnis, indem er sagte, daß nach der Natur der Dinge Arbeiter und Unternehmer Mitarbeiter am selben Werke seien, mit Ueberordnung und Unterordnung, aber ohne das Verhältnis von Herren und Knechten. In der Volkswirtschaft ist die Gewerkschaft nicht mehr zu entbehren. Wer von den Gewerkschaften die Abstützung verlangt, müßte gleichzeitig mit dem Abbau der Kartelle und der Auflösung der Unternehmerverbände beginnen. Der Staat wird auch künftig das freie Spiel der Kräfte auf dem Markte für Lohn und Arbeitsbedingungen zunächst den auf dem Boden der Selbsthilfe aufgebauten Organisationen überlassen. Er wird aber nicht darauf verzichten, dann einzugreifen, wenn es für das allgemeine Interesse unerlässlich ist.

Dann versuchte der Minister eine Erläuterung der letzten Notverordnungen zu geben, und forderte schließlich den Abbau des Mißtrauens und die Rückkehr zum Vertrauen. Es gelang ihm jedoch nicht, der stärker anschwellenden Unruhe im Festsaal Herr zu werden. Diese steigerte sich im Geegenteil von Satz zu Satz, den der Minister aussprach, um schließlich in einem Orkan des Mißfallens zu enden, der die Schlussbemerkungen des Ministers nahezu unverständlich macht...

Angenommen wurde eine scharfe Entschließung gegen die Notverordnung, die folgende martale Sätze enthält:

„Bittere Not und tiefstes Elend lasten unerträglich auf der deutschen Arbeiterchaft, deren Fleiß und Können die Grundlagen des einstigen Reichtums des Volkes waren und deren Lichtigkeit und Fähigkeit die Hoffnungen auf den Wiederaufstieg des deutschen Volkes sind.“

Die Millionen Arbeitslosen leiden Hunger. Kienengroß ist das Ausmaß ihrer Not. Die Regierung hat durch die Juni-Notverordnung Unterführsungsfähigkeit selbst die bescheidenste Lebensführung nicht mehr gestatten. Nach Abzug der Miete verbleiben erbärmliche Beiträge von 25, 20, 15, selbst 3 Pf. je Familienmitglied und Tag, die den kargsten Ernährungsbedarf nicht mehr decken.

Den Arbeitsinvaliden, den in jahrelang treuer Pflichterfüllung altgedienten Arbeitern, den Witwen und Waisen gibt die Notverordnung Rentenbeträge, die in keinem gerechten Verhältnis zu der einstigen Beitragsleistung mehr stehen und die auch diese Kreise der völligen Armut preisgeben...

Der 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften fordert deshalb mit aller Entschiedenheit eine sofortige entscheidende Umkehr in dieser einseitig die Arbeiterchaft belastenden Politik des Reiches.

Der Kongreß fordert die sofortige Aufhebung der unsozialen Bestimmungen der Notverordnungen.

Es zeigt sich, daß auch die den christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Arbeiter den antisozialen Kurs und die rückwärtlichen Tendenzen des jetzigen Systems mit aller Entschlossenheit ablehnen und verurteilen.

### Streiks und Lohnbewegungen.

#### Lebemaszen.

Ostdeutschland. Durch Vereinbarung der Tarifparteien ist ein neuer Lohnvertrag abgeschlossen worden. Danach beträgt der Mindestlohn bis zum 31. März 1933 66 Pf. Ferner wurde vereinbart, von den Bestimmungen des § 1 der Notverordnung vom 5. September 1932 während der Laufdauer dieses Abkommens keinen Gebrauch zu machen.

Dresden-Ostfachsen. Die Lohnverhandlungen führten zur Wiederin Kraftsetzung des alten Lohnabkommens ohne Veränderung des Lohnes.

#### Tapezierer.

Köln-Bonn. Vor dem Schlichtungsausschuss wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach der Tarifmindestlohn vom 1. Oktober 1932 bis zum 31. Dezember 1932 0,95 Mf. beträgt.

Braunschweig. Der Tariflohn wurde durch Vereinbarung der Parteien auf 0,83 Mf. bis zum 30. November 1932 festgelegt.

#### Jahresgünderindustrie.

Görlitz-Riesky. Der Streik in der niederschlesischen Metallindustrie dauert an. Die Waggonfabrik in Görlitz und Cristoph u. Ummat in Riesky sind für unsere Mitglieder gesperrt.

#### Allgemeinverbindlichkeit.

Der Tarifvertrag für die Kofferindustrie Bayern-Württemberg vom 9. Mai 1932 ist allgemeinverbindlich erklärt worden. Die AB ist eingetragenen am 29. September 1932 auf Blatt 10605 Iff. Nr. 1 des Tarifregisters.

#### Sprachkurse.

Anfang Oktober beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten (Gros-Berlin) (Abendkurse für jedermann) neue Anfängerkurse für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen laufen besondere Mittel- und Oberkurse. Vielsprachig beginnt ein Kursus für „Einheitslehengrammatik“ sowie „Nichtes Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Wortschatz und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Sachgegenstände, Fremdwörterkunde, „Wir oder nicht“, Grammatik, Schreibleisten, Satzbau, Antezierung von Aufsätzen usw. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 9 Mf. erhoben, Einserbslöse zahlen 5 Mf. Die Gebühren werden in allen Kursten unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule: Berlin N 24, Friedrichstr. 134 (nahe S- und P-Bahn Friedrichstrasse). Das Schulbüro ist werktäglich außer Sonnabends von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

### Berichte aus den Verwaltungsstellen

Sten (Aubr). Mitgliederversammlung vom 22. September 1932. In einer ziemlich gut besuchten Versammlung wurde über die Verfallsenszusätze beraten, die in Zukunft zu zahlen sind. Nach einer kurzen und sachlichen Begründung des Vorsitzenden wurden die Vorschläge seitens der Ortsverwaltung genehmigt. Es erfolgen in Klasse 1 bis 4 5 Pf. und in Klasse 5 bis 10 10 Pf. Zuschlag. Die Erwerbslosenmarken, wofür bisher die Mitglieder nichts zu zahlen brauchen, müssen ab 1. Oktober von den Erwerbslosen ohne Aufschlag bezahlt werden. Auch weist der Vorsitzende besonders darauf hin, daß im gegebenen Fall von dem Recht Gebrauch gemacht werden kann, jeden Monat einen Verbandsbeitrag zu zahlen.

Beim nächsten Punkt erstattete Kollege Bogt einen Bericht über die Tätigkeit und Einrichtungen der Bundeschule des ADGB in Bernau. An Hand eines Films war es höchst interessant, die muster-gültigen Einrichtungen der Schule den Anmeldeenden zu zeigen. Durch nähere Erklärungen wurden auch die bösen Gerüchte eines Augusthauses zerstreut. Ueber die Tätigkeit der Schule äußerte sich Kollege Bogt dahingehend, das zwischen Lehrer und Schüler ein gutes Einvernehmen herrsche. Ebenfalls waren die zu behandelnden Themen für die Schüler sehr lehrreich. Die Schaffung einer derartigen Schule sei eine Notwendigkeit gewesen, um uns unsern Ziele, der Vermittlung des Sozialismus, näherzubringen. Eine Diskussion fand nicht statt. Eine Anfrage, ob auch politische Ausdrücke stattgefunden hätten, wurde vom Kollegen Bogt dahingehend beantwortet, daß diese Ausdrücke sehr heilig aber durchaus sachlich geföhrt worden seien. Ferner stehe er auf dem Standpunkt, wenn die Kommunistische Partei einen andern Standpunkt den Gewerkschaften gegenüber eingenommen hätte, wir heute nicht in geschwächt daständen. Kollege Berger erwartete von Bogt, daß er mehr wie bisher das dort Gelernte im Interesse der Organisation verwenden wird. Auch sollen sich andere Kollegen beteiligen, durch Tätigkeit in der Organisation die Vorbereitungen zu einem Kursus an der Bundeschule zu schaffen.

Ferner fand eine lebhafte Aussprache statt über die Betätigung der Gewerkschaften innerhalb des freiwilligen Arbeitsdienstes. Kollege Kropf verurteilte aufs schärfste, daß die Gewerkschaften sich diesem reaktionären Gebilde widmeten. Die Kollegen Berger und Bogt wiesen darauf hin, daß der freiwillige Arbeitsdienst mit wie auch ohne uns seinen Lauf nimmt. Da wir sehen, daß ein großer Teil unserer jungen Leute sich den gegnerischen Organisationen im freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung

stellen, müssen wir zwangsläufig im Sozialen Dienst unsere jungen Leute zusammenfassen. Bei der Wahl zum erweiterten Vorstand wurden für Kieritz 13, Höhnertamp 10 und Prieds 9 Stimmen abgegeben. Die Anregung des Vorsitzenden, auch künftig unsere Versammlungen im Sitzungssaal des Gesamtverbandes stattfinden zu lassen, fand Anklang. Ferner wird sich der Vorstand bemühen, auch in Zukunft Lichtbildvorträge zu veranstalten. Anwesend waren etwa 40 Kollegen.

Meerane i. Sa. In einer am 17. September 1932 von den Ortsverwaltungen Meerane-Göhrniz, Glauchau und Crimmitschau im Volkshaus zu Meerane abgehaltenen Versammlung berichtete der Kollege Gausleiter Böhme, Dresden, über den Stuttgarter Verbandstag. In seinen fast zweistündigen Ausführungen schilderte der Redner die Verhandlungen und Beschlüsse dieses „Krisen-Verbandstages“ in ausführlicher Weise. An den beifällig aufgenommenen Bericht schloß sich eine lebhafte Debatte an. Zusammenfassend kam zum Ausdruck, daß es jetzt erst recht gilt, den Verbände die Treue zu bewahren. Es war ein guter Gedanke, zu dieser Versammlung alle drei obengenannten Ortsverwaltungen zusammenzunehmen, um gemeinschaftlich derartig wichtige Beratungen und Beschlüsse entgegenzunehmen. Nach Schluß der Versammlung schloß sich ein gemüthliches Beisammensein im Saale des Volkshauses an. W. Wurdak.

### Rundschau

Die Beschlüsse der Sondertagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes. Einem offiziellen Bericht zufolge lassen sich die Beschlüsse der zur Behandlung der Frage der 40-Stunden-Woche am 21. und 22. September in Genf abgehaltenen Sondertagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes (I.A.A.) wie folgt zusammenfassen:

Mit 16 gegen 6 Stimmen hieß der Verwaltungsrat den Vorschlag über die 40-Stunden-Woche gut, demzufolge die technischen Probleme, über die vom I.A.A. ein Bericht ausgearbeitet werden soll, im Januar 1933 einer in Genf abzuhaltenden vorbereitenden Konferenz zur Prüfung unterbreitet werden sollen. Der Rat beschloß überdies, daß die Schlussfolgerungen dieser Konferenz der Verwaltungsratsitzung im Januar vorzulegen sind. Der Rat wird dann prüfen, ob diese Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz, oder eventuell den Regierungen zu überweisen sind, damit sie im Hinblick auf die eventuellen Verhandlungen der Internationalen Arbeitskonferenz des Jahres 1933 als Richtlinien für eventuelle Verträge dienen können.

Bestand an Kraftfahrzeugen 1932. Der Gesamtbestand an Kraftfahrzeugen im deutschen Reich ist nach den Ermittlungen, die das Statistische Reichsamt darüber in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht, in diesem Jahr, gemessen an den Vorjahren, zum erstenmal zurückgegangen. Nur die Zahl der Kleinstkraftäder sowie einiger Spezialfahrzeuge, hat sich weiter erhöht. Am 1. Juli 1932 befanden sich im Deutschen Reich im Verkehr insgesamt 1 499 724 Kraftfahrzeuge gegen 1 507 129 im Vorjahr. Davon waren 497 275 Personenkraftwagen, 152 420 Lastkraftwagen, 385 619 Kraftäder, 433 559 Kleinstkraftäder und 30 851 andere Kraftfahrzeuge. An vorübergehend abgemeldeten Kraftfahrzeugen wurden gezählt 132 133, davon 63 767 Personenkraftwagen. Unter den Personenkraftwagen hat die Zahl der kleinen Fahrzeuge bis zu 2000 Kubikzentimeter Hubraum noch eine Erhöhung zu verzeichnen, während die mittelgroßen Typen, 2000 bis 3000 Kubikzentimeter Hubraum, stärker zurückgetreten sind.

Der Untergang einer Industrie. Die deutschen Schiffswerften beschäftigten vor dem Kriege etwa 50 000 Arbeiter. Die gesamte Welttonnage betrug vor 20 Jahren 48 Millionen Bruttoregistertons und jetzt rund 70 Millionen. Der Weltandel ging zurück, die Schiffstonnage stieg. Trotz Auscheidens großer Betriebe ist die deutsche Wertindustrie in der Lage, jährlich 650 000 Tonnen Schiffsraum zu bauen. Anfang dieses Jahres betrug der Auftragsbestand noch 100 000 Tonnen und jetzt noch nicht einmal die Hälfte. Die riesigen Anlagen in den Nordseehäfen Deutschlands werden ab Jahre hinaus unausgenutzt bleiben. Eine ehemals blühende Industrie ist dem Untergange geweiht.

Spitterfreies Glas wird Geleh. 34 000 Menschen wurden im letzten Jahre in Amerika durch Automobilunfälle getötet. Hier von sind nicht weniger als 45 Proz. dadurch ums Leben gekommen, daß sie sich beim Unfall schwere Verletzungen durch splitterndes Glas zuzogen. Als erster Staat hat Michigan ein Gesetz erlassen, wonach splitterfreies Glas für Automobile obligatorisch wird, und zwar müssen die öffentlichen Verkehrsmittel bis 1933, die übrigen Kraftfahrzeuge bis spätestens 1. Januar 1934 mit splitterfreiem Glas ausgestattet sein.

### Bücherchau

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des bernsteinigen Volkes Herausgeber: Hauptverband deutscher Kranfentaggen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.

Die September-Nummer der von den Schwestern der Krankenheilen Stefanus vertrieben „Gesundheit“ enthält ebenso wie ihre Vorgängerinnen eine Fülle interessanter und lehrreichen Stoffes. Aus dem Gebiete der Ernährung seien die Aufsätze: „Die Chemie des menschlichen Körpers“ und „Das praktische Vitale-ABC“ erwähnt. Wichtige Fragen der Schadverbütung behandeln die Artikel: „Fremdkörper im Auge“ und „Gefahren im Haushalt“. Auch zwei bei Eltern und Erziehern immer wieder auftauchende Probleme: „Wohin es bei Kindern ein krankhaftes Augen?“ und „Warum schlafen Kinder nicht?“ werden von fachkundiger Seite erörtert. Mit dem Schluß und den durch ihn hervorgerufenen Funktionen des Körpers beschäftigt sich ein weiterer, für jedermann lehrreicher Artikel. Ferner sind ausführliche Aufsätze über „Kranfheiten und Jahreszeiten“, „Sport und Landbevölkerung“, „Schwangerschaft und Winterschoß“, „Was ist Delegationen?“ „Der Gesundheitszustand einer großen Stadt“ beschäftigt sich mit dem „alten Wandertag“ — Zur Klärung der Rassenmitglieder über vererbungsrechtliche Fragen dienen zwei gleichfalls vollständig und leicht verständlich geschriebene Aufsätze über „Kranfheitspflege“ und über die „Freiwillige Versicherung bei der Kranfheitsfälle“.

Der sächsische Arbeiterdichter Ivan Ehrhardt wird durch die sächsische Guttenberg jetzt einer größeren Leserschaft bekannt gemacht. Sein bedeutendster Roman „Der veraltete Spiegel“ erscheint im 3. Quartal bei der sächsische Guttenberg, und das jetzt vorliegende September-Best Heft Gemeinschaftlich verlegter Bucher kündigt das Buch mit einem interessanten Artikel über Ivan Ehrhardt und die wichtigsten Vertreter der sächsische proletarischen Dichtung an. „Ein Gang durch das alte Prag“ von Egar Podemalch, ein charakteristischer Auszug aus dem Ehrhardt-Roman, Artikel über sächsische Buchkunst und über den Aufbau einer sozialistischen Kultur in der sächsische Arbeiter- und ausdrucksvolle Beschlüsse eines sächsische Künstlers — alles in allem ein feiner Cuerschritt durch ein Land, das uns zwar benachbart ist, von dem wir aber bisher herzlich wenig wußten. Die Zeitschrift „Die sächsische“ mit den Mitgliedern kostenfrei zu.

### Zentralkrankenkasse der Sattler, Portefeuller und Berufsgenossen Deutschlands.

#### Verwaltungsstelle Berlin.

Hierdurch bringen wir unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß wir unser Kassenlokal vom Freitag, 7. Oktober, ab, von der Dresdener Straße 80 nach dem Restaurant von

Karl Böhe, Schäferstraße 5,

(zwischen Annen- und Schmidstraße), verlegen. Dort werden jeden Freitag, nachmittags von 5 bis 7 1/2 Uhr, Beiträge entgegengenommen und Kranfentag ausgezahlt. Unser zweites Kassenlokal befindet sich in Berlin N, im Restaurant Sacke, Lindower Straße 26, am Bahnhof Wedding.

In diesem Lokal werden ebenfalls jeden Freitag, abends von 7 1/2 bis 8 Uhr, Beiträge Kassiert.

Die Ortsverwaltung. S. A.: Ferd. Wagnardt.

### Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 3. Oktober bis zum 9. Oktober ist der 41. Wochensbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

### Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Betrifft Erwerbslosenunterstützung während des 4. Quartals 1932. Laut Beschluß des Stuttgarter Verbandstages wird während des 4. Quartals 1932 für bezugsberechtigte Unterstüfungsempfänger die auszu zahlende Erwerbslosenunterstüfung nach der Höhe des alten Beitrages gezahlt.

Alle Mitglieder, die infolge Cohnentung ab 3. Oktober 1932 (der 41. Beitragswoche) in einer nächstfolgenden niedrigen Klasse Beiträge entrichten, erhalten im Falle ihrer Erwerbslosigkeit als Tageslohn den Betrag, der sich auf Grund der bisherigen Beitragsleistung bis 2. Oktober 1932 (40. Beitragswoche) als Unterstüfungssatz ergibt.

Diese Regelung gilt als Übertragungsbestimmung bis einschließliche 31. Dezember 1932.

Der Hauptvorstand.

### Sterbefälle.

Gestorben sind:

Berlin. Am 19. September Ernst Poppe, Sattler, 66 Jahre alt. (Invalide.) Am 25. September Karl Studenberg, Portefeuller, 64 Jahre alt.

Brandenburg a. d. H. Am 14. September unser Kollege, der Sattler Alfred Pichow, im Alter von 31 Jahren.

Ehretihrem Andenken!